

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen  
„Feierstunden“ und „Unsere Heimat“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage  
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

### Bezugspreise:

Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60  
Einzelnnummer 10 J

Erscheint an jedem Werktag  
Derbretteste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold

Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold

### Anzeigenpreise:

Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 J, Familien-Anzeigen 12 J, Reklame-Seite 45 J, Sammelanzeigen 50% Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 138

Gegründet 1826

Donnerstag, den 17. Juni 1926

Fernsprecher Nr. 29

100. Jahrgang

## Tagespiegel

Unter Vorsitz des Reichszanklers und in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichswirtschaftsministers wurden heute vormittag die Verhandlungen mit den Regierungsparteien über den schwedischen Handelsvertrag und die landwirtschaftlichen Zölle fortgesetzt.

An der Technischen Hochschule Hannover ist heute der normale Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen worden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die ungar. Regierung hat beim schweizerischen Bundesrat die gerichtliche Verfolgung von Ivan Jusch nachgefordert. Der Bundesrat dürfte diesem Ersuchen entsprechen.

Ein Antrag der Arbeiterpartei, den Etat des Arbeitsministeriums herabzusetzen, wurde vom Unterhaus mit 299 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Der amerikanische Kongress schlug endgültig alle Eigentumsanträge dieser Session nieder.

## Nach Schacht Gothein

Ein bekannter württembergischer Abgeordneter schreibt uns:

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten, weil er ihre unsichere Haltung in der Fürstenteignungsfrage mißbilligt hat.

Nun nimmt auch ein anderer hervorragender Demokrat den Kampf gegen seine eigene Partei auf und wendet sich gegen die Freigabe der Abstimmung in der Fürstenteignung; es ist der frühere Reichsminister Gothein, Mitglied des Reichstags. Gothein veröffentlicht im „Samburger Fremdenblatt“ einen Artikel, worin er namentlich auch das Märchen abtut, als ob schon Bismarck ein Enteierner gewesen sei.

Sodann fährt Gothein fort: wenn die entschädigungslose Enteignung des Vermögens bei einer Gruppe von Menschen zulässig sei, so sei das auch andern gegenüber erlaubt; deshalb hätten die Deutschvölkischen, wenn sie auch die Börsenvermögen einzeln wollten, nur die Schlußfolgerung aus dem sozialistisch-kommunistischen Antrag gezogen. Gothein hat Recht; wenn Enteignung der Fürsten, die seit Jahrhunderten das Wohl und Wehe unseres Volkes teilten, warum dann nicht auch Enteignung von Börsenmagneten, die vielfach unserem Volke ganz fremd sind? Abgesehen von den bekannten Multimillionären Rothschild, Mendelssohn, Bleichröder und Oppenheim — das Vermögen von Lazarus Speyer in Frankfurt wurde schon 1914 auf 100 Millionen Goldmark geschätzt, ebensohoch das Vermögen der Hamburger Stern und Wertheimer; dazu erwarben sich in allerjüngster Zeit ein Otto Wolff, ein Jakob Michael und andere ähnlich hohe Vermögen. Gothein weist darauf hin, daß der oberste Grundfals eines Rechtsstaates die Rechtsgleichheit aller Bürger sei; er werde aber durch den sozialistisch-kommunistischen Antrag aufs schwerste verletzt.

Gothein kommt auch auf die Kriegsbeschädigten, die Kriegsanleihebesitzer, die Sparrar auf zu reden und fragt, ob ein Unrecht dadurch gutgemacht werde, daß man ihm auch noch anderes zufüge. Es ist auch nicht so, daß gerade den Fürsten Millionen und Milliarden von ihrem früheren Vermögen geblieben wären, wie jeder Deutsche haben auch sie zum Durchhalten im Weltkrieg beizutragen versucht; der Kaiser hat einen Erlaß herausgegeben, der generell die Weisung enthielt, alle verfügbaren Beträge in Kriegsanleihe zu zeichnen; es mußten zu diesem Zweck sogar besondere Darlehen aufgenommen werden.

So wurde auch bei der Auseinandersetzung z. B. zwischen dem preussischen Fürstenhaus und dem Staat dem ersteren nur 17 v. H. seines restierenden Privatvermögens belassen; alles andere erhielt der Staat. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, ehemals einer der reichsten Fürsten im Reich, hat bei der Teilung von seinem Hausgut, dessen Charakter als Privateigentum niemand bestritt, nur etwa 7 v. H. erhalten; alles andere ging an den Staat über. In Anhalt erhielt der Herzog von seinem Privatvermögen nur 7 v. H., in Altenburg nur 1,7 v. H. Das sind die wahren Zahlen.

Deshalb sind auch die Schwindelereien bodenlos, die dazum sollen, was das Volk, wenn eine entschädigungslose Enteignung stattfände, erhalten solle. In Preußen würden die Schlösser und Gärten überhört keinen Reinertrag abwerfen, sie erfordern schon heute Zuschuß; die Kunstwerke ebensowenig, da sie Museumszwecken dienen würden. Der Reinertrag der fraglichen Objekte wäre auf den Kopf der Bevölkerung jährlich nicht mehr als 9 Pfennige ausmachen.

Mit Recht macht Gothein auch auf die Folgen aufmerksam, die sich einstellen würden, wenn der Volkseigentum durchginge. Es fragt sich, ob sich dann nicht Bayern, Württemberg, Baden und andere Länder weigern würden, das Gesetz durchzuführen, denn die meisten Länder haben sich ja mit ihren früheren Fürstenthümern abgefunden. Das Gefüge des Reiches wäre andernfalls Erschütterungen ausgesetzt, die die schwersten Nachteile nach sich zöge.

Gothein ist der Überzeugung, daß auch Hindenburg sein Amt niederlegen würde; er würde seinen Namen kaum unter ein Gesetz schreiben, das demnach wider alles Recht

## Deutsch-französisches Aufwertungsabkommen

Rußland bezahlt keine Industrie-Schulden nicht  
Russische Volkseigentümer-Propaganda in Deutschland

Berlin, 16. Juni. Zwischen der deutschen und der französischen Regierung ist ein Abkommen über die Durchführung der Aufwertungs-gesetze abgeschlossen worden, das in Berlin ratifiziert worden ist. In dem Abkommen wird der Grundsatz der Weisbegünstigung auf dem Gebiete des Aufwertungsrechtes vereinbart. Die französische Regierung gibt den deutschen Staatsangehörigen die bisher auf Grund des Versailler Vertrages unter Zwangsverwaltung gestellten deutschen Markanleihen frei. Sie empfängt dafür von dem Einlösungs-betrage, den die deutschen Gläubiger dieser Anleihen nach dem deutschen Ablösungs-gesetz auf die freigegebenen Anleihen erhalten, soweit sie Länder- oder Gemeindeanleihen sind, die Hälfte. Des weiteren bringt das Abkommen eine Aufwertung der deutschen Reichsangehörigen gehörenden Markanleihen, die elsass-lothringische Gemeinden vor dem Waffenstillstand ausgegeben haben. Ueber die Durchführung des Abkommens wird das weitere später bekannt gegeben werden. Die Interessenten wollen daher von Anfragen bis auf weiteres absehen.

\*

### Wiederbeginn der deutsch-französischen Verhandlungen

Berlin, 16. Juni. Die deutsche Wirtschaftsordnung ist unter Führung des Geheimrat Mattes und des Herrn von Schlieben in Paris angekommen, um mit den Franzosen wegen eines Handelsstellungsvertrags in Fühlung zu treten. Die Reichsregierung hat nämlich den französischen Vorschlag angenommen, einen Teil der Vertragspunkte in einem Provisorium unterzubringen. Das Reichskabinett wird sich erneut mit der Frage des Abschlusses eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens beschäftigen.

### Das verachtete Rußlandgeschäft

Berlin, 16. Juni. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den beteiligten Industrie- und Bankvertretern über den Rußkredit haben auch am gestrigen Tag zu keiner Verständigung geführt. Seitens der Industrie wurde zum erstenmal darauf aufmerksam gemacht, daß Sowjetrußland eine Anzahl Lieferungen, die schon ein Jahr zurückliegen, bis heute nicht bezahlt hat, was immerhin auch den Rußkredit für die Rußlandaufträge gefährden könnte. Auch in den gestrigen Besprechungen wurde wieder die geforderte Ermäßigung der Zinsen mit Rücksicht auf die Unsicherheit der russischen Geschäfte abgelehnt.

wäre. Im Reich käme eine scharfe Linksregierung ans Ruder, mit Einschluß der Kommunisten, und dann käme die Enteignung in großem Maßstabe. Der Kommunistenführer Greiner hat im heftigen Landtag gesagt: „Wenn die Fürstenteignung erst durchgeführt sein wird, dann steht der Weg offen, das gesamte Privateigentum zu enteignen, dann kommt eines nach dem andern, denn das erstreben wir“. Also, nach den Fürsten die Kirchen, dann die Hausbesitzer und Bauern. Daß auch eine geistige Volkseigentümerschaft folgte, ist klar; sie wird auch die christlichen Schulen beteiligen.

Eine solche Volkseigentümerschaft Deutschlands, die überhaupt den Rest jeder staatlichen Ordnung zerbrechen würde, würde auch das Ausland nicht unberührt lassen; das Ausland hätte zu einem bolschewistischen Deutschland kein Vertrauen. Die Kredite und Bestellungen blieben aus. Und dann erst recht eine ungeheure Arbeitslosigkeit! Nicht umsonst hat sich auch die Reichsregierung, die gewiß nicht in dem Verdacht steht, fürstentumstößlich zu sein, dem Volkseigentümer gegenüber ablehnend verhalten.

Darum die Augen aufgemacht. Es sind die niederrsten Instanzen im Menschen, an die sich in diesem Kampf Sozialdemokratie und Kommunisten wenden, und die demokratische Partei wagt nicht, ihnen entgegenzutreten! Eine neue Futtwelle des Durcheinanders würde über Deutschland hinstürzen. Wer das will, der tue, was er nicht lassen kann. Wer das nicht will, der lasse die Hand von diesem frevelischen Beginnen und bleibe am Wahltag zu Hause. Deutschland stand schon einmal in Gefahr, einen Leichenstein zu bekommen mit der Aufschrift: Finis Germania, „mit Deutschland ist's aus!“. Das wollen wir nicht noch einmal erleben.

## Neuestes vom Tage

### Hochwasser in ganz Deutschland

Berlin, 16. Juni. Die großen Regengüsse der letzten Tage haben ganz Deutschland riesige Wassermengen zugeführt. Aus allen Teilen kommen Nachrichten über Hochwasser. Die großen Ströme führen ungeheure Wassermengen, so daß in einzelnen Teilen Deutschlands schon Hochwassergefahr droht. Die Oder ist in ihrem Oberlauf in den letzten 24 Stunden um 3 Meter gestiegen. Im Kreise Rastorf sind mehrere tausend Morgen Feldbestände übersutet.

### Sowjet-Agenten in Berlin

Berlin, 16. Juni. Für den kommenden Sonntag, den Tag des Volkseigentümers, ruft die „Rote Fahne“ zu Massen-tendungen des Volkes gegen die „kapitalistische Regierung“ auf. Es ist deshalb mit ernstlichen Störungen zu rechnen. Der preussische Minister des Innern hat umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen für diesen Tag angeordnet. In Berlin sind sämtliche Urlaube der Schutz- und auch der Kriminal-polizei für Sonntag zurückgezogen worden. In den bisherigen kommunistischen Versammlungen in der Reichshauptstadt ist die Anwesenheit zahlreicher sowjetrussischer Redner besonders aufgefallen.

### 9 Millionen für Propaganda

Berlin, 16. Juni. Der Geldverbauch der Enteignungs-parteien zur Verhetzung des Volkes wird nach dem „Tag“ auf 9 Millionen Mark geschätzt. Davon sollen 6—7 Millionen Mark auf die Zentrale des Dr. Kucinsky entfallen, die schon für das Volksbegehren 2 Millionen Mark ausgegeben hat. Zur Deckung dieser Summe, die z. B. die Kosten der Reichspräsidentenwahl um mehr als das Doppelte übersteigt, sollen größtenteils die Kassen der sozialistischen Gewerkschaften herangezogen worden sein. Demgegenüber besteht auf Seiten der Enteignungsgegner nur eine lose Arbeitsgemeinschaft, an der sich das Zentrum nicht beteiligt, und die über keine bedeutenden Mittel verfügt. Von den Enteignungsparteien wird jedem Kriegsschädigten und jedem Arbeitslosen Bargeld versprochen. Gleichzeitig wird ihrer Gefolgschaft vorgeschwindelt, wenn der Volkseigentümer nicht durchkomme, müsse jeder Deutsche den ehemaligen Fürsten 50 bare Mark zahlen.

### Kommunistischer Wahlterror

Hamborn, 16. Juni. In der Nacht zum Mittwoch ereignete sich hier ein blutiger Zusammenstoß zwischen Bürgerlichen und Kommunisten. Als auf der Schillerstraße etwa 8 bis 10 Stahlhelmlente mit dem Ankleben von Plakaten gegen den Volkseigentümer beschäftigt waren, wurden sie von einer großen Anzahl Kommunisten und Rotfrontleuten bedrängt. Es kam zu einem förmlichen Gefecht, wobei 20 bis 25 Schüsse fielen und heftige Schlägereien stattfanden. Bei dem Zusammenstoß wurden 2 Personen durch Schüsse schwer verletzt. Mehrere andere Personen wurden leicht verletzt. Schließlich wurde die Straße von einer Abteilung Schutz-polizei geräumt, wobei 5 Verhaftungen vorgenommen wurden.

In der Gegend von Meißner sind mehrere Ortschaften völlig vom Wasser umgeben und auch Menschen und Vieh befinden sich in Gefahr. Die Elbe führt gleichfalls steigendes Hochwasser. Die Schiffsahrtsgesellschaften haben heute morgen den gesamten Personen- und Frachtverkehr bis auf weiteres eingestellt. In Bretzig ist ein Damm gebrochen. Die gefährdete Bevölkerung arbeitet seit gestern abend an der Dammerstellung. Der Spiegel des Bodensees ist gestiegen, so daß die schweizerischen Dampfschiffe nicht mehr unter der Rheinbrücke bei Konstanz verkehren können. Die Anschlüsse für die Eisenbahn werden durch Motorboote aufrecht erhalten. Der Rhein steigt ständig weiter.

### Die württembergische Studentenschaft gegen Lesing

Stuttgart, 16. Juni. Bei der gestern vormittag im Hause des Deutschen veranstalteten Sympathiekundgebung der Stuttgarter Studentenschaft für die Kommilitonen in Hannover sprach der Vorsitzende des A.S.A. cand. nach. Schif. Es wurde eine Entschliessung angenommen, die die Studenten in Hannover zum Aushalten in dem Kampfe auffordert, der zu einer Sache der ganzen Deutschen Studentenschaft geworden sei. Auch die Studenten in Hohenheim hielten vor dem Schloß in Hohenheim eine Versammlung ab und schlossen sich dem Protest der hannoverschen Studentenschaft an, indem sie heute den Vorlesungen fernblieben. — Auch in Tübingen versammelte sich die Studentenschaft zu einer Stellungnahme zu den Vorgängen in Hannover. Die Versammlung gestaltete sich zu einer starken Kundgebung für die um das Ansehen ihrer Hochschule kämpfenden hannoverschen Studenten. In den Ausführungen des ersten Vorsitzenden kam der Wille zum Ausdruck, durch einmütiges Zusammengehen aller deutschen Studentenschaften, die hannoversche Studentenschaft zu stützen und den um die Stellung des Professors Dr. Lesing entbrannten Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß der preussische Kultusminister bisher keinen Weg gefunden habe, bei der Lösung dieses Konfliktes den berechtigten Gefühlen der Studentenschaft und weiter akademischer Kreise zu entsprechen. Die Versammlung beschloß mit überwiegender Mehrheit, folgende Telegramm nach Hannover zu senden: „Die Vollversammlung der Tübinger Studentenschaft schließt sich dem Telegramm des A.S.A. an und wünscht Ihrem Kampfe einen glücklichen Ausgang.“ Die Ausführungen und ein Antrag einer geringen Minderheit fanden in der Versammlung entschiedene Ablehnung.

**Auch die Berliner Studenten sagen Hilfe zu**  
 Berlin, 16. Juni. Die Studentenschaft der Berliner Hochschule hat gestern Abend zwei Kundgebungen zum Fall Lessing veranstaltet. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Studentenschaft aller Hochschulen sich bereit erklärt, rückhaltlos gegen jede Einschränkung der akademischen Freiheit und für die Würde der deutschen Hochschulen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. Der Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover sagt sie getreue geistige und auch geldliche Unterstützung zu.

**Der Magistrat von Hannover zum Fall Lessing**  
 Hannover, 16. Juni. In einer vom Magistrat zum Fall Lessing gefassten Entschliessung, die dem preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Becker, übermittelt wurde, heisst es u. a.: Der Magistrat hat bereits am 11. d. M. dahin Stellung genommen, Lessing solle in persönlicher Verhandlung durch den Oberbürgermeister ersucht werden, von seinem Lehramt freiwillig zurückzutreten. Professor Lessing hat aber die Abgabe einer Rücktrittserklärung abgelehnt, jedoch in anderer Beziehung Erklärungen abgegeben, die unseres Erachtens die sofortige Lösung des Streites herbeiführen müssen. Professor Lessing hat erklärt, daß er innerlich schon längst auf die Dozentur verzichtet habe und sich völlig frei fühle. Für ein weiteres gedeihliches Wirken als akademischer Lehrer fehlt ihm also die Hauptvoraussetzung, nämlich die innere Berufung. Damit muß der Streit nach den Erklärungen Professor Lessings selbst als gegenstandslos bezeichnet werden. Wenn die Staatsautorität in diesem Falle weiter eingegriffen würde, so würde sie pro nihilo angewandt werden. Der Magistrat bittet weiter, ihm in dem zu erwartenden Bescheide zu befehlen, daß die dem Oberbürgermeister von Herrn Professor Lessing wieder-gegebene annehmbare Neuweisung des preussischen Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die Stellung des Magistrats sei in dem Streitfall gleichgültig, der Wahrheit zuwiderläuft, denn unmöglich wird der Herr Minister der Stellungnahme der Behörde einer Großstadt wie Hannover bei einer ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Belange bedrohenden Frage kein Gewicht beilegen.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Hannover reiste Prof. Lessing auf telegraphische Einladung nach Berlin, um mit dem preussischen Kultusminister und dem Ministerpräsidenten zu verhandeln.

**Rücktritt Briands**

Paris, 16. Juni. Das Kabinett Briand hat gestern Abend nach einem einstündigen Ministerrat seinen Rücktritt genommen, den der Präsident der Republik auch annahm. Damit hat das 9. Kabinett Briand nach einer Lebensdauer von 99 Tagen sein Ende erreicht. Die Pariser Morgenpresse rechnet allgemein damit, daß Briand als erster mit der Kabinettbildung beauftragt wird. Als Finanzminister wird in erster Linie Poincaré genannt. Das „Echo de Paris“ teilte mit, daß schon in den letzten Tagen Freunde Briands bei Poincaré Fühler ausgestreckt hätten. Briand hat nach seiner Rückkehr vom Präsidenten der Republik den Pressevertretern in einem längeren Interview die Gründe für seinen Rücktritt auseinandergesetzt. Daraus geht deutlich hervor, daß Briand ohne unmittelbare Notwendigkeit nur zurückgetreten ist, um die Bildung eines Ministeriums der nationalen Einigung zu ermöglichen. Er erklärte, daß es für ihn nach Berets Rücktritt fast unmöglich gewesen sei, einen neuen Finanzminister zu finden, und auch dann hätte er von der Kammer nach wie vor einen Eieranz aufzuführen müssen. Er habe deshalb der öffentlichen Meinung nachgegeben, die ein wirkliches Ministerium der nationalen Einigung fordere. Auf alle Fälle aber müsse, wenn dies nicht möglich sei, eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten außerhalb der politischen Gruppen sich vereinigen, die im Inn- und Ausland Vertrauen genießen und so das Werk der Frankfurter Konferenz durchführen könnten. Dies sei allerdings bei der jetzigen Zusammensetzung der Kammer nicht leicht. Die Briand nahegehende Presse fordert im Anschluß an diese Ausführungen des Ministerpräsidenten ein Kabinett,

das sich vom Parlament weitgehende Vollmachten für die Lösung der Finanzkrise geben lassen müßte, d. h. eine Art Diktatur. Sogar die Presse des Kartells, die bisher ein Kabinett Herriot forderte, anerkennt die Notwendigkeit, eine unpolitische Regierung zu bilden.

**Ein neuer Aufruf des Elsaß-lothringischen Heimatbundes**  
 Paris, 16. Juni. Wie der „Temps“ aus Straßburg meldet, veröffentlicht das Komitee des Elsaß-lothringischen Heimatbundes heute früh in der katholischen Presse des Oberelsaß einen neuen Aufruf, in dem der Heimatbund erklärt, daß er von seiner Kundgebung nichts zurückzunehmen habe und daß er alle diejenigen in Schutz nehme, die von der Regierung gemahregelt worden seien. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Elsässer und Lothringer! Jeder neue Gewaltakt der Regierung beweist mehr denn je, von welchen Gefahren die elementarsten Rechte in Elsaß-Lothringen bedroht sind. Schließt euch also mehr als bisher zusammen zum Kampfe für die natürlichen Rechte des Landes!“

**Baldwin zum englischen Streit**

London, 16. Juni. Das Unterhaus war stark besetzt, als Premierminister Baldwin gestern nachmittag seine lang erwartete Erklärung über die Kohlenkrise abgab. Baldwin führte aus, er halte es für überflüssig, die ernste Lage besonders zu unterstreichen, und müsse sich damit begnügen, als Beweis dafür die Tatsache anzuführen, daß England Kohlen im Auslande kaufen müsse. Das einzige Hilfsmittel sei seiner Ansicht nach die Reorganisation der Industrie und eine Herabsetzung der Gesamtkosten. Nach langen Erwägungen sei die Regierung zu dem Schluß gelangt, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau unerlässlich sei. Unter diesen Verhältnissen werde die Regierung in den nächsten Tagen einen neuen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Arbeitszeit der Bergarbeiter auf unbeschränkte Zeitdauer von sieben auf acht Stunden erhöht werde. Es sei selbstverständlich, so schloß Baldwin, daß die Regierung, falls eine Einigung auf dieser Grundlage der Regierungsvorlage zustande kommen sollte, der Kohlenindustrie eine zeitweilige Hilfe gewähren würde.

Die Erklärung Baldwins über die Kohlenkrise hat die englische Presse im allgemeinen enttäuscht. Man hatte ein energisches Durchgreifen und eine großzügigere Behandlung des Problems erwartet. Die Konservativen zeigen keinerlei Enthusiasmus über die Vorschläge Baldwins und klammern sich daran, daß die Einführung des Achtstundentages die einzig mögliche Lösung darstelle. Die liberalen Zeitungen nennen die Rede Baldwins einen Verjager; er habe den Grubenbesitzern gegenüber nicht genügend Autorität gezeigt. Die Mitglieder der Arbeiterpartei sind geschlossen gegen die Vorschläge Baldwins. Die „Times“ veröffentlichten den Wortlaut der englischen Note an Rußland und die Antwort der Sowjetregierung, in der es heißt, in Rußland bestehe kein vollständiges Ausfuhrverbot für Geld, sondern es sei jeweils ein besonderer Erlaubnisschein notwendig, der in diesem Falle entsprechend dem Willen der russischen Arbeiter erteilt worden sei. Beide Noten zeichnen sich durch ihre Mäßigung aus.

**Rücktritt Beneš?**

Prag, 15. Juni. Der Sturmlauf der Opposition gegen das Beamten-Kabinett Černý hat die Stellung des Außenministers Dr. Beneš als einzigen parlamentarischen Minister unhaltbar gemacht. Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der tschechischen Sozialisten, der Partei des Außenministers, hat gemeinsam mit dem Vollzugsausschuß der Partei heute beschlossen, den Minister Dr. Beneš, der augenblicklich in Genf weilt, telegraphisch zum Austritt aus der Regierung aufzufordern.

**Polen beharrt auf seinem Raub**

Posen, 16. Juni. Auf Anfrage der enteigneten deutschen Besitzer hat die polnische Staatsregierung eine Mitteilung gegeben, die vom 12. d. M. datiert ist und der zufolge eine Rücknahme der verfügten Liquidationen nicht in Aussicht genommen ist. Bekanntlich hat das Haager Schiedsgericht in dieser Frage gegen Polen entschieden. Daß sich Polen

einfach über den Schiedspruch hinwegzusetzen scheint, beweist wieder die völlige außenpolitische Ohnmacht des Deutschen Reichs, das keine Zwangsmittel mehr hat, um gegenüber seinem kleinen Nachbarstaat zu seinem Recht zu kommen.

**Württemberg**  
 Evangelischer Landeskirchenrat

Am Mittwoch vormittag setzte der Landeskirchenrat seine Beratungen fort. Dabei stand im Mittelpunkt die Frage, wie die weitgehenden Forderungen, die die Gemeinschaften des Bruderbundes für Freigabe der Abendmahlfeier stellen, zu beurteilen seien; im Gegensatz zu denselben erfolgten bedeutsame Erklärungen von Vertretern der älteren Gemeinschaften. Zunächst erläuterte Kirchenpräsident D. Dr. von Merz die besonderen Anlässe, die der Oberkirchenrat für Abendmahlfeiern im engeren Kreis ins Auge gefaßt hat: Freizeiten, besondere Veranstaltungen von Jugendbänden und von Gemeinschaften, nicht aber Mißbilligungen zwischen dem Ortspfarrer und Gemeindegliedern oder Sonderfeiern gleichzeitig mit dem Gemeindegemeinschaft. Es gelte das in Württemberg überlieferte glückliche Verhältnis zwischen Kirche und Gemeinschaften durch diesen neuen Schritt zu festigen, aber der Oberkirchenrat könne den Kreis der zur Leitung von Abendmahlfeiern solcher Art ermächtigten Personen bestimmt nicht erweitern. — Gegenüber einer Anfrage des Abg. Schnauser, warum der Oberkirchenrat nicht für die Uebertragung der Abendmahlfeier an einen anderen als den Ortsgeistlichen die Ausstellung einer schriftlichen Erlaubnis des Ältestenrat wie sonst in ähnlichen Fällen forderte, bemerkte der Kirchenpräsident, daß dies die Schwierigkeiten beiderseits vermehren würde; durch die Begrenzung der ermächtigten Personen sei die Kirchenbehörde durchaus in der Lage, gegen Mißbräuche einzuschreiten.

In großräumiger Darlegung trat der Führer der Gruppe 1, Abg. Reiff, sowohl den weitergehenden Forderungen wie auch den Bedenken gegen die Vorlage entgegen. Am Beispiel des württembergischen Methodismus wies er nach, daß die Sonderfeier des Abendmahls zur Kirchenbildung führe. Die Abendmahlfeier sei aber auch wie nichts anderes geeignet, den Blick des engeren Kreises auf das Ganze zu lenken. Den beabsichtigten verantwortlichen Schritt müsse man darauf prüfen, ob er dem Wesen der Kirche und des Evangeliums entspreche und den Faden der Geschichte nicht abreiße; unter beiderlei Gesichtspunkten dürfe er gewagt werden. — Die Abg. Saur und Krenz sprechen als Vertreter der Gemeinschaften dem Oberkirchenrat deren entgegenlichen Dank für das in der Vorlage beabsichtigte Entgegenkommen aus und wenden sich mit Entschiedenheit gegen die Forderungen des Bruderbundes. In ähnlicher Weise äußert sich Abg. Otto.

Präsident D. Dr. Holzinger stellt als Vertreter des Oberkirchenrats fest, daß auch dieser durch die Forderung des Bruderbundes überrascht sei, der bei den bisherigen Verhandlungen mit dem Oberkirchenrat nicht mehr als das in der Vorlage Gewährte gewünscht habe. Der Oberkirchenrat lehne die weiteren Forderungen ab.

Die Beratungen gehen weiter.

Stuttgart, 16. Juni. Die Arbeiten des Landtags. Der Ältestenrat des Landtags hat in einer heute abgehaltenen Sitzung beschlossen, mit der Beratung des Etats und der Geschäftsordnung bis zum 26. Juni endgültig fertig zu werden. Alle übrigen Sachen, wie Ministergesetze usw. sollen auf eine Tagung in Herbst zurückgestellt werden. Ferner wurde beschlossen, daß sich der Landtag am 28. Juni an dem Jubiläum der Fachschulen in Gmünd beteilige.

Sommerschlacht-Gedächtnisfeier. Fast fünf Monate lang, vom 24. Juni bis zum November 1916, hat die 26. Inf.-Division in der Hölle der Sommerschlacht fast ohne Ablösung aus-

**Des Glückes wechsellnd Spiel.**

Roman von Fritz Steinemann.

17. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
 Mitten hinein in Thieles Glücksgedanken klang das Telefon. Er nahm den Hörer ab, meldete sich und vernahm Möllers Stimme, die sich nach seinem Befinden erkundigte. Und dann fragte Möller, wie es Frau Luise gehe.  
 „Ich danke verbindlichst, Herr Möller, für die Nachfrage. Im Befinden meiner Frau geht es langsam vorwärts. Zuweilen klagt sie noch über stärkere Schmerzen, auch darf sie den Fuß noch nicht anstrengen.“  
 „Uebermitteln Sie ihr bitte meine ergebensten Grüße und herzlichsten Wünsche für baldige, völlige Genesung. Sie vergessen doch auch nicht, daß ich Sie um baldige Wiederholung Ihres Besuchs gebeten habe?“  
 „Ganz gewiß nicht, verehrter Herr Möller. Sobald meine Frau wieder hergestellt ist, kommen wir.“  
 „Es wird mich sehr freuen. Und... wie geht es denn Ihrem Fräulein Tochter? Auch gut, ja? Ist Peter noch in ärztlicher Behandlung?“  
 „Peter?“ fragte Thiele ziemlich unsicher zurück.  
 „Nun ja, es ist doch der Name des Reitpferdes Ihres Fräulein Tochter, es ist doch am Husten erkrankt?“  
 „Ganz recht. Leider habe ich den letzten ärztlichen Bericht noch nicht vernommen. Ich vermag Ihnen also keine Auskunft zu geben. Ich werde mich aber erkundigen und Ihnen Bescheid zukommen lassen.“  
 „Sehr liebend, und nicht wahr, Sie vergessen den mir zugesagten Besuch nicht.“  
 „Keinesfalls, und schönsten Dank!“  
 Langsam legte Thiele den Hörer zurück, ganz umspinnen von Gedanken.  
 Was war das für eine Geschichte mit Peter? Das Pferd war krank? Seit wann? Warum hatte man ihm davon nichts gesagt? ... Und dann die Frage nach Käthe hatte so merkwürdig geklungen, garnicht so, als ob sie sich alle Tage oder zumindesten sehr oft träfen, um das Vergnügen fortzusetzen.  
 Thiele ging ein paarmal durchs Zimmer. Zufällig schaute er hinaus auf den Hof, der, jetzt, zur Mittagsstunde

verlassen dalag, und erschaute, an einem der Wagen Käthe und Hartwig im Gespräch zu sehen. Es hatte ganz den Anschein, als ob seine Tochter sich von Hartwig Unterricht über den Bau von Motoren geben ließ. Das machte ihn lächeln, denn Käthe hatte bisher immer das lebende Pferd dem toten Motor vorgezogen. Der Gedanke wurde von einem anderen abgelöst, der das Lächeln verschwinden machte und an dessen Stelle nachdenkliche Falten setzte.  
 Thiele griff nach seinem Hut, um sich über die Unterhaltung der beiden zu vergewissern. Als er an den Wagen kam, wo sie gestanden hatten, waren sie verschwunden. Nun begab er sich nach dem Zeichnerstisch, für den ein Brief in seiner Tasche knirschte.  
 Die drei Treppen fielen ihm schwer, denn er neigte ein wenig zur Fülle. Oben angelangt, blieb er stehen und holte tief Atem. Da war es ihm, als höre er die Stimme seiner Tochter. Er lauschte. Ja, sie war es, kein Zweifel! Behutsam öffnete er die Tür. Er sah Käthe und Hartwig an einem Tisch über eine Zeichnung gebeugt, die beide außerordentlich in Anspruch zu nehmen schienen, denn sie merkten nichts von seinem Eintritt. Er hülfste leicht.  
 Käthe und Hartwig sahen herum und zeigten erschrockene Gesichter.  
 „Na,“ sagte Thiele, „was gibt es denn hier so außerordentlich Wichtiges?“  
 „Herr Hartwig hatte mir von einem Wagenmodell erzählt, da bin ich neugierig geworden und habe ihn gebeten, mir die Zeichnung vorzulegen.“  
 „Es handelt sich um das Modell 205,“ sagte Hartwig erklärend.  
 „Die Zeichnung befindet sich nicht hier, sondern im Schubfach meines Schreibtisches,“ entgegnete Thiele.  
 „Uebrigens sind die Zeichnungen, die hier liegen, nicht minder interessant.“  
 „So, so, Automobile scheinen also doch nicht so tote Dinger zu sein,“ gab Thiele auf Käthes Bemerkung zur Antwort, über deren Gesicht eine leichte Röte ging. Thiele wandte sich an Hartwig. „Ich habe hier eine Anfrage nach Modell 113. Lassen Sie bitte nachsehen, ob noch eine Zeichnung vorhanden ist, andernfalls muß sofort eine Pause angefertigt werden.“  
 Thiele verließ an der Seite seiner Tochter den Saal, und beide gingen schweigend hinüber in die Villa.

„Herr Möller hat telephonierte. Er läßt Dich grüßen und fragt, wie es Peter geht. Seit wann ist Peter krank?“  
 „Er hat vor ein paar Tagen gehustet und nicht ordentlich gefressen. Der Tierarzt sagte mir, es sei nichts Bedenkliches, nur möchte ich ihn vorerst schonen.“  
 „Um. Warum sagst Du mir nichts davon?“  
 „Du warst an dem Tage sehr beschäftigt und... nachher habe ich nicht mehr daran gedacht.“  
 Thieles Blick streifte das Gesicht seiner Tochter. „Was ihm ihr Ton schon offenbart, berichtet ihr Gesichtsausdruck noch stärker.“  
 „Merkwürdig, Du hättest doch an jedem Morgen daran denken müssen, weil Dir die Freude verdorben war, auszureiten.“  
 „Wenn Peter ernstlich krank gewesen wäre, sei überzeugt, ich hätte es Dir bestimmt gesagt.“  
 Thiele antwortete nichts und fragte auch nichts mehr. Das Mittagessen verlief ziemlich einsilbig.  
 „Herr Möller hat sich telephonisch nach Deinem Befinden erkundigt und läßt Dir gute Besserung wünschen,“ sagte Thiele zu seiner Frau.  
 Frau Luise war sofort enthusiastisiert.  
 „Wie liebendwürdig von ihm! Wie geht es ihm denn?“  
 Thiele gab kurzen Bescheid.  
 „Du bestellst mir nie, wenn Herr Möller mich hat grüßen lassen,“ wandte sich Frau Luise jetzt an ihre Tochter, „das übergehst Du vollständig! Ich bin fest überzeugt, daß er nicht einmal vergessen hat, Dir einen Gruß an mich aufzutragen.“  
 „Ich vergesse es nie, Mama,“ erwiderte Käthe merkwürdig leise.  
 „So, es ist aber jetzt schon mindestens acht Tage her, daß Du keinen mehr bestellt hast.“  
 Thiele sah zu seiner Tochter hinüber, die still auf ihrem Teller hockte. Seit acht Tagen also sah sie sich nicht mehr, Möller, weil... Nun ja, er wußte Bescheid. Sollte er jetzt von dem Besuch auf Mensfeld sprechen? Er schwieg davon.

(Fortsetzung folgt)

**Reine**  
 Württemberg

Im Landtag wurde der Etat des Innenministeriums verhandelt. Die Minister wandte sich gegen die Lagehöchststages und Verwaltungsreform mit der Elektrifizierung sollte und die der Abg. Ullrich die Hiltterverfamln Auseinanderlegung der Abg. Sch... fragen betr. das Verberlegung der W durch die Polizei. fragen wegen de jobald er die nöti Der Minister erte in Württemberg Ruhe wäre es a habe nach seiner und an Vächerlic tratie duße, daß in Berlin aufmar langen, den viel bieten. In Heiltübungen lag die Tübenden. Der verboten werden würden zurzeit Wäre die Polizei seit fertiggestellt zugehen. Im w nister auf die Fr den Beschluß de hebung vor 30 G ngerungsparteien nicht einig sein u gehe. Die Regie nicht parlament Frage der Woh nister, daß er di freigegeben wolle. nung mit Mittel März 1926 ein scheid werde abe bestimmten Frist bau der Baufost bis 31. März 1 Minister noch di Beitreibung des an. Württemb aus den eigenen an den Borarbe Hundert, werde abhängig mache Württemberg au begrüßte mit Fr teimen Entwurf einbringen will durch das ganze sei. Nach weite gehalten — eine Einigkeit, wie w findet am Sonn eine Gedächtnis tags 3 Uhr Zu museums, Cäc f sind die ehemali bliebenen dring Kameraden der gefallenen Kam nistfeier in der Langestr. 11 a, i ist der Zutritt n Teilnahme an d Werbeschau „Werbeschau“ die verschiedent iparenden Betr Industrie, Ha etc. abgehalten Wohlfahrts in Württember Handelshofs ein veranstaltete W teil die Vertre Oberkirchenrats anderer staatlic In seiner Beg Zentralleitung, sich zum Ziel ge gemeinamer, ihr Anregung Behandlung it forderte und in Reichsbewahrur Frage der Ber Die an das I legte Regierung bergischen Zus Stuttgarter B handelte das A Arbeiterent hat neuerdings gefam 1450 W e r k e Feuer Zahl von Ang Feilschpreis mit sofortiger von 1.20 M a herabgesetzt. Vom Tage Ede Böblinger wagen. Es m

# Keine Regierungsvorlage zur Aufteilung der Oberämter

## Württembergischer Landtag

Stuttgart, 16. Juni.

Im Landtag wurde gestern nachmittag die Beratung des Etats des Innern fortgesetzt. Der Abg. Elsas (Dem.) wandte sich gegen die hohe Belastung durch die Polizei. Der Redner wandte sich weiter gegen die Beschränkung des Umlagehöchstmaßes und betonte, daß die Zeit zu einer raschen Verwaltungsreform dränge und besahe sich schließlich noch mit der Elektrizitätswirtschaft, die mehr vereinheitlicht werden sollte und die am Anfang großer Entwicklungen stehe. Der Abg. Ulrich (S.) begründete eine Große Anfrage betr. die Hitlerverammlung in Heilbronn, wobei es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den völkischen Abgeordneten kam. Der Abg. Schneck (Komm.) begründete zwei Große Anfragen betr. das Verbot von Werbeveranstaltungen und die Verletzung der Wahlfreiheit bei den Gemeinderatswahlen durch die Polizei. Minister Bolz erklärte, daß er die Anfragen wegen der Hochwasserschäden beantworten werde, sobald er die nötigen Unterlagen beisammen haben werde. Der Minister erkannte an, daß es trotz der Arbeitslosigkeit in Württemberg wirkliche Unruhen nicht gab. Trotz der Ruhe wäre es aber falsch, nicht wachsam zu sein. Hitler habe nach seiner sog. Revolution an Gefährlichkeit verloren und an Lächerlichkeit gewonnen. Wenn die Sozialdemokratie dulde, daß Zehntausende von roten Frontkämpfern in Berlin aufmarschieren, dann könne man doch nicht verlangen, den viel kleineren Aufmarsch der Hitlerleute zu verbieten. In Heilbronn wie bei der Gumbelverammlung in Tübingen lag die Unduldsamkeit bei den politisch Andersdenkenden. Der Potemkin-Film müsse im ganzen Reich verboten werden. Die Berechnungskosten für die Polizei würden zurzeit vom Verwaltungsgerichtshof nachgeprüft. Wäre die Polizei nicht verstaatlicht, so hätte Stuttgart wesentlich höhere Polizeikosten. Die neue Gemeindeordnung sei fertiggestellt und werde dem Städtetag zur Aeußerung zugehen. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der Minister auf die Frage der Oberamtsaufteilung ein und teilte den Beschluß der Regierung mit, die Vorlage zur Aufhebung von 30 Oberämtern nicht einzubringen, weil die Regierungsparteien gespalten seien und auch die Opposition nicht einig sein werde, wenn es an die einzelnen Oberämter gehe. Die Regierung sehe ein, daß ein solcher Entwurf gar nicht parlamentarisch verabschiedet werden könnte. Zur Frage der Wohnungszwangswirtschaft erklärte der Minister, daß er die gewerblichen Räume im Herbst vollends freigeben wolle. Im Jahr 1926 seien bis jetzt 7500 Wohnungen mit Mitteln bedacht worden und damit alle bis Ende März 1926 eingegangenen Gesuche beschieden. Der Bescheid werde aber zurückgezogen, wenn nicht innerhalb einer bestimmten Frist mit dem Bau begonnen werde. Der Abbau der Baustoffstelle sei angeordnet. Die Mietzins bleiben bis 31. März 1927 unverändert. Schließlich kündigte der Minister noch die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs über die Beteiligung des Staates an den Voralberger Illerwerken an. Württemberg könne nicht genügend elektrische Kraft aus den eigenen Wasserkraften bekommen. Die Beteiligung an den Voralberger Wasserkraften, vorerst nur mit 15 vom Hundert, werde Württemberg von Baden und Bayern unabhängig machen. In der Elektrizitätswirtschaft befinde sich Württemberg auf dem rechten Wege. Der Abg. Laxis (B.) begrüßte mit Freude die Erklärung der Regierung, daß sie keinen Entwurf zur Zusammenlegung der Oberamtsbezirke einbringen will und betonte, es werde nun ein Aufatmen durch das ganze Land gehen, nachdem diese Gefahr beseitigt sei. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Rank (Z.)

und Schlumpberger (Bölk.) wurde die Weiterberatung auf morgen verlagert.

In der Mittwoch-Sitzung bezeichnete der Abg. Rath (D.) den Entschluß des Staatsministeriums auf die Einbringung einer Vorlage bezüglich der Aufteilung von 50 Oberämtern zu verzichten, als unverständlich und unhaltbar. Die Frage werde nicht zur Ruhe kommen, bis eine Lösung herbeigeführt sei. Der Abg. bekannte sich weiter als Freund der Hitlerverammlung und erklärte die Darstellung, wie der Abg. Ulrich der Heilbronner Vorkommnisse anlässlich der Hitlerverammlung gegeben hatte, als wenig wahrscheinlich. Der Abg. Pflüger (S.) meinte, in der Frage der Oberamtsaufteilung habe der Minister keine bessere Einsicht der stärkeren Regierungspartei unterworfen. Abg. Andre (Z.) zollte dem Minister für die Wahrung von Ordnung und Ruhe im Lande Anerkennung und erklärte, daß durch die Reden im Landtag Herrn Hitler viel zu viel Ehre angetan werde. Die Debatte koste nur unnötig Geld. Das Ansehen der staatlichen Polizei sei größer als das der gemeindlichen und man dürfe nicht nur den Wohnungsbau fördern, sondern müsse auch die alten Wohnungen erhalten. In der Frage der Verwaltungsvereinfachung könne man nicht verlangen, daß der Minister mit dem Kopf durch die Wand gehe. Der Abg. Albert Fischer (Komm.) warf dem Minister vor, daß er für die Wohnungswirtschaft nichts getan habe, der Abg. Dr. Schermann (Z.) stellte an den Minister die Frage, ob er bereit sei, die Detailfragen der Abtrennung einzelner Gemeinden zu prüfen und zu fördern. Der Abg. Mergenthaler (Bölk.) vertrat die Auffassung, daß hinsichtlich der Staatsvereinfachung das parlamentarische System verlagert habe. Durch die Verlegung dieser Frage werde das Ansehen der Regierung nicht gehoben. Der Redner nahm dann noch den General Ludendorff gegen die Behauptung in Schutz, daß sich dieser am 9. November 1925 auf den Bauch geworfen habe. Dabei kam es zu schärferen Auseinandersetzungen. Der Redner und der Abg. Schlumpberger wurden zur Ordnung gerufen. Der Abg. Dr. Wider (B.) stellte einen Antrag auf Abbau der Wohnungsämter durch Beschränkung ihrer Tätigkeit auf Aufgaben der Wohnungspflege und der Wohnungsaufsicht unter Ausschaltung gewerblicher Räume und großer Wohnungen. Außerdem sollen die Wohnungsämter bei der Vermietung kleiner Wohnungen sich auf die Ausgabe von Freizeiten beschränken und beim Wohnungstausch nicht mehr in Anspruch genommen werden, es sei denn, daß schwindelhaft oder wucherische Abmachungen vorliegen. Der Abg. Ulrich (S.) befürchtete Störungen des Volkstschleids und verlangte polizeilichen Schutz. Minister Bolz teilte mit, daß der Entwurf der Gemeindeordnung eine Verringerung der Zahl der Gemeinderäte vorsehe und erklärte sich bereit, alles zu tun, um die Durchführung des Volkstschleids zu sichern. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Hölscher (B.) und Pflüger (S.) wurde die Abstimmung zurückgestellt. Schließlich begann man noch die Beratung der Kap. Bezirksverwaltung, Polizeikosten, staatliche Polizeiverwaltung, Landjägerkorps und Schutzpolizei. Dabei begründete der Abg. Pflüger (S.) einen Antrag, bei der Neugestaltung der Gemeinde- und Bezirksordnung die Polizeigewalt grundsätzlich bei der Gemeindeverwaltung zu belassen und bei der geplanten Umorganisation der staatlichen Polizei auf eine Rückgabe der Polizei an die Verwaltungen der mittleren Städte Bedacht zu nehmen. Der Abg. Schneck (Komm.) beantragte, die Kasernierung der Schutzpolizei zu beseitigen. Auch über diese Anträge wurde die Abstimmung auf die morgige Sitzung verschoben.

# Aus Stadt und Land

Regolb, 17. Juni 1926.

Die treuesten und die ewig reinsten Triebe,  
sie sprechen aus dem Worte: Mutterliebe!  
Mar Waldau.

\*

## Dienstnachrichten.

Amtmann Dr. Merkt beim Oberamt Regolb ist in gleicher Eigenschaft an das Oberamt Rothenburg versetzt worden.

\*

## Württembergischer Weckerlinientag.

Am Samstag und Sonntag fand in Ravensburg der 9. Württ. Weckerlinientag statt. Dazu waren aus allen Teilen des Landes insgesamt 78 Weckerlinien erschienen. Nach dem Bericht des Feuerlöschinspektors, Baurat Zimmermann-Stuttgart, ist die Zahl der Weckerlinien von 75 auf 83, die der Motorspritzen von 54 auf 72 gestiegen. Gegenstand der Beratungen war ein Antrag, daß durch die Zentralkasse bei Unglücksfällen oder Krankheiten durch den Feuerwehrdienst die Unterstützungsbeiträge bis zu 3 M aus freiwilligen Kassen und bis zu 2 M aus versicherungspflichtigen Kassen pro Tag nicht mehr in Abzug gebracht werden sollen. Dieses Verlangen fand Billigung. Baurat Zimmermann teilte noch mit, daß die Entschädigungen künftig in allen Fällen gezahlt werden sollen, in denen die Feuerwehr in Tätigkeit tritt, auch bei Hochwasser. Außerdem wurden Entschädigungen für auswärtige Hilfeleistungen mit Motorspritzen festgesetzt. Die nächste Tagung findet in Gmünd statt.

## Der Arbeitsausschuß des 8., 9. und 10. Landw. Bauverbands

tagte am Montag, den 14. d. Mts. im Lindenhof in Horb unter dem Vorsitz von Landesökonomierat Mangold-Neutlingen. Den äußerst wichtigen Verhandlungen, zu welchen auch die Mitglieder der neuen Grundwert-Ausschüsse eingeladen waren, lag folgende Tagesordnung zugrunde: 1. „Der Arbeitsausschuß wolle eine erneute Prüfung der Entschädigungsfrage für das Sehen von Masten bei Ueberlandleitungen vornehmen“. 2. Referat des Landtagsabg. Gutspächter J. Hermann Hohenmühlungen O.A. Horb über die Gebäudeentwässerungssteuer. 3. Vortrag von Oberlandwirtschaftsrat Bazlen-Stuttgart über „Aufgaben der neuen Grundwert-Ausschüsse, Richtlinien für die Grundwertfestsetzung“. Aus dem äußerst interessanten Vortrag sei besonders hervorgehoben, daß die württ. Landwirtschaft gegenüber den anderen Bundesstaaten zu hoch eingeschätzt und dementsprechend zu hoch besteuert wurde. Zuletzt wurde auch noch die Milchpreisfrage und die bevorstehende Abstimmung über die Fürsteneigentum besprochen. Bei letzterer wurde darauf hingewiesen, daß die Wähler über die Abstimmung und ihre Folgen noch sehr im Unklaren seien, ja systematisch irreführt werden, und daß es deshalb nötig sei, hier aufklärend zu wirken. Es müssen alle wissen, daß die Parteien der Rechten, welche den Antrag auf Volkstschleids stellten, sich nicht mit dem Raub des Fürsteneigentums begnügen werden, sondern auch dem Grundbesitz „Eigentum ist Diebstahl“ jedes, auch das kleinste Grundbesitz — ob Haus oder Grundstück — als Staatseigentum erklären werden, und daß dieses Volkstschleids bloß eine neue Revolution einleiten soll; darum bleibe jeder, der auf Ordnung und Recht hält, am Wahltag zu Hause und stimme auch nicht mit Nein!

## Zu dem gestrigen Zusammenstoß

ist noch zu melden, daß es sich hierbei nicht um den Personenwagen des Mechaniker Schweikle handelte.

\*

Rohrdorf, 15. Juni. Schülerturnertag. Der kommende Sonntag gibt allen Freunden der deutschen Turnerei, allen wirklichen Freunden des Deutschtums Gelegenheit, die Jugend, den Nachwuchs des deutschen Turnwesens in ihrem Können und Streben zu bewundern. In unserem schönen Wiesengründe hält der Regolbgau seinen Gauerschülertag ab. Das ist kein Fest mit obligater vergnügungsfüchtiger Aufmachung. Nein, es ist ein Interessenten-, ein Gönnerlammertag für den schönen, urdeutschesten Sport, das Turnen. Gerade unserer heutigen Jugend ist es nicht genug zu empfehlen, es steht ihr besonders gut an, wenn sie sich in die ausserprobten Systeme der richtigen planmäßigen Leibesübungen hineinleibt und früh schon Körper und Geist in grade Bahnen lenken läßt. Soviel wir wissen, wird viel geboten werden, u. a. auch das Austragen des Wandervimpels. Wir sehen diese jugendliche Turnerei sehr gern zu uns kommen und erhoffen für sie bestes Wetter als erste Voraussetzung guten Gelingens. Gut Heil!

\*

Deschelbronn, 16. Juni. Durchgegangenes Pferd. Als der Sohn des Jakob Bühler (Schmied Sohn) ins Futter fahren wollte, riß sein Pferd mit dem Wagen aus und sprang durch den Hof hinunter auf die Ortsstraße. Ein Kind, das auf dem Schulweg war, kam unter das Pferd und zog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Nach dem Gutachten des Arztes ist es fraglich, ob das Kind (des Christian Hörmann Witwer) mit dem Leben davonkommt. Die Unglücksstelle wurde vom Landjäger eingesehrt.

Freudenstadt, 15. Juni. Württ. Forstverein. Der Württ. Forstverein veranstaltete hier unter Vorsitz von Oberforstrat Dr. Dietrich seine Jahresversammlung.

Alpirsbach, 16. Juni. Sturz. Der Bauhandwerker Heinrich Junter fiel hier bei einem Neubau rüdlings zu Boden. Er hielt den Fall für harmlos. Bald stellten sich jedoch Blutungen ein. Im Freudenstädter Krankenhaus mußte ihm eine Niere entfernt werden. Er ist bald darauf gestorben.

# Letzte Nachrichten

## Dr. Adenauer in Wien.

Wien, 17. Juni. Am Mittwoch Abend ist der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, in Begleitung mehrerer höherer Beamten in Wien eingetroffen.

## Neue Wohnungsbeschlagnahmungen in Trier.

Trier, 17. Juni. Die Besatzungsbehörde hat angeordnet, daß sämtliche freiverwendenden Wohnungen der Besatzungsbehörde gemeldet werden, damit sie über diese verfügen könne. Neuerdings wurden von den Franzosen 11 Wohnungen beschlagnahmt. Auch die Wohnungen der staatlichen Domänenverwaltung ist neuerdings beschlagnahmt worden.

gehalten — eine felsenfeste Mauer — ein Vorbild deutlicher Einigkeit, wie wir sie heute brauchen. Im Andenken an sie findet am Sonntag, 27. Juni, vorm. 10 Uhr in Stuttgart eine Gedächtnisfeier auf dem Waldfriedhof statt. Nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft in den Räumen des Bürgermuseums, Ecke Lange- und Kronprinzstraße. Zur Teilnahme sind die ehemaligen Angehörigen der Division und die Hinterbliebenen dringend eingeladen. Für die Angehörigen der Kameraden der 26. Res.-Div., sowie für die Angehörigen der gefallenen Kameraden sind Eintrittskarten für die Gedächtnisfeier in der Zeit vom 21.—26. Juni bei Karl Gerlach, Langestr. 11 a, in Stuttgart kostenlos erhältlich. Ohne Karten ist der Zutritt nicht gestattet. Sie berechnen gleichzeitig zur Teilnahme an der Zusammenkunft nachmittags.

Werbefchau-Vorträge. Im Rahmen der vielbesuchten „Werbefchau“-Ausstellung werden täglich Vorträge über die verschiedensten Wissensgebiete der modernen arbeitsparenden Betriebsmethoden und Organisationsmittel, der Industrie, Handels-, Verkehrs- und Export-Propaganda etc. abgehalten.

Wohlfahrtsabteilung der Zentralkasse für Wohlthätigkeit in Württemberg. Am letzten Montag fand im Festsaal des Handelsbros eine von der Zentralkasse für Wohlthätigkeit veranstaltete Wohlfahrtsabteilung statt. Es nahmen an ihr teil die Vertreter der Ministerien, des Landtags, des evang. Oberkirchenrats, des bischöf. Ordinariats und einer Reihe anderer staatlicher, städtischer und kirchlicher Behörden usw. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Vorstand der Zentralkasse, Staatsrat Rau, daß die Zentralkasse es sich zum Ziel setze, die freie Wohlfahrtspflege des Landes zu vereinfachen, systematischer Arbeit zusammenzufassen und ihr Anregung und Förderung angeben zu lassen. Zur Behandlung stand die im Hinblick auf das von vielen geforderte und in verschiedenen Entwürfen bereits vorliegende Reichsbewahrungsgesetz besonders wichtige und interessante Frage der Bewahrung der gemeingefährlichen Personen. Die an das Thema sich anknüpfenden rechtlichen Fragen legte Regierungsrat Dr. Baumgarten vom württembergischen Justizministerium dar. Der ärztliche Leiter des Stuttgarter Bürgerhospitals, Professor Dr. Weikel, behandelte das Thema von der psychiatrischen Seite.

Arbeiterentlassungen. Die Firma Robert Bosch A.-G. hat neuerdings für sämtliche Werke die Entlassung von insgesamt 1450 Arbeitern angeordnet. Bei der ACO. M e a - W e r k e Feuerbach kommt in der nächsten Zeit eine größere Zahl von Angestellten zur Entlassung.

Fleischpreisabstufung. Die Stuttgarter Metzgerinnung hat mit sofortiger Wirkung den Preis für Kalbsfleisch 1. Güte von 1.20 M auf 1.10 M, 2. Güte von 1.10 M auf 1.— M herabgesetzt.

Vom Tage. Mittwoch mittag geriet ein 12jähr. Knabe Ecke Böblinger- und Adlerstraße unter einen Straßenbahnwagen. Es wurde ihm das linke Bein am Knie abgefahren.

Heidenheim, 16. Juni. Besuch des Staatspräsidenten. Die Volksschauspiele haben den württ. Staatspräsidenten und die Landtagsabgeordneten zum Besuch der „Nibelungen“ im Heidenheimer Naturtheater eingeladen. Vom Staatspräsidenten ist nun die Antwort eingegangen, daß er der Aufführung am 18. Juni anwohnen werde.

In unmittelbarer Nähe des römischen Kastells wurden bei Ausbesserungsarbeiten in der Olgastraße zwei römische Brunnen aufgedeckt mit einem Durchmesser von 1,2 Meter. — Im neubauten Schachhaus an der Straße nach Zang wurde die von der Stadt eingerichtete Jugendherberge unter zahlreicher Beteiligung eingeweiht. Oberbürgermeister J a k e übergab das Haus dem Führer der Jugendwanderbewegung, dem Albovereinsvorstand Prof. R ä g e l e, zum 70. Geburtstag als Jubiläumsgabe, als Zeichen des Danks und der Hochschätzung.

Ulm, 16. Juni. Oberschwäbische Elektrizitätswerke. Am Montag fand in Ulm eine Sitzung des Verwaltungsrats des Bezirksverbandes der OEW. statt. Die Sitzung diente in erster Linie der Vorbereitung der Verbandsversammlung, die in nächster Zeit über den Rechnungsabstufung für das Geschäftsjahr 1925 Beschluß zu fassen hat. Durch die vom Verwaltungsrat gefassten Beschlüsse hat die Aufwertungsfrage für den Bezirksverband ihre Regelung gefunden. Dabei war es möglich, die Geldgeber innerhalb des Verbandsgebiets, die zugleich die Träger des Risikos des Unternehmens waren, besonders zu berücksichtigen. Zu der Frage der Strompreistarife kann festgestellt werden, daß die Einführung des Grundgebührentarifs im allgemeinen reibungslos vor sich gegangen ist und daß als Auswirkung des Grundgebührentarifs in der Regel eine Verbilligung der Stromkosten für die Abnehmer sich ergeben hat.

Ravensburg, 16. Juni. Hochwasserschaden. Der Hochwasserschaden ist hier vorläufig auf 164 000 M geschätzt worden.

Friedrichshafen, 16. Juni. Hochwassergefahr. Von Montag auf Dienstag ist der Seewasserstand von 4,98 auf 5,05 Meter gestiegen. Die den Tag über mehrmals einkehrenden Regenfälle im gesamten Bodenseegebiet und die Schneeschmelze im Gebirge lassen weiterhin eine reichliche Wasserzufuhr erwarten, so daß da und dort bereits Hochwassergefahr droht. Der badische Landesteg im Hafen ist überschwemmt und beim anderen wird das Wasser bald den Bretterbelag erreichen. Die Landestelle Langenargen kann bereits seit längerer Zeit nicht mehr befahren werden und die Dampfer sind gezwungen, in den Hafen einzulaufen.

Kirchheim u. T., 16. Juni. Vermißt. Letzten Samstag wollte Schultheiß R e i m von Holzmaden spät abends von hier heimwärts wandern. Er ist jedoch nicht nach Haus gekommen. Da seine Joppe in der Lindach aufgefunden wurde, nimmt man an, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist und der Leichnam irgendwo im Wasser hängen blieb.

Donnergues London-Besuch verschoben.

Berlin, 17. Juni. Wie die Morgenblätter aus Paris melden, gibt das Außenministerium amtlich bekannt, daß in Anbetracht der politischen Lage die Reise des Präsidenten der Republik, Donnergues, nach London auf einen „günstigeren Augenblick“ verschoben worden ist.

Ein neuer Anschlag auf Mussolini geplant.

Berlin, 17. Juni. Die Morgenblätter melden aus Rom: Die Zeitungen schreiben den Anschlag Cassinellis aus der sozialistischen-marxistischen Partei dem Umstand zu, daß dieser Abgeordnete einen verbrecherischen Anschlag auf Mussolini aufdeckte, den ein unter religiösen Wahndämon leidender, der äußersten Linken angehörender Student vorbereitet hatte.

Mit dem Balkon auf die Straße gestürzt.

Berlin, 17. Juni. Die Morgenblätter melden aus Neapel: Ein Balkon in der 4. Etage, auf dem sich Kapitän Padovani, ein bekannter faschistischer Organisator und mehrere seiner Freunde aufhielten, stürzte plötzlich auf die Straße. Padovani und einige seiner Freunde starben auf dem Transport ins Krankenhaus. Die übrigen sind schwer verletzt.

Das Hochwasser in der Tschechoslowakei.

Prag, 17. Juni. Infolge des andauernden Regens sind sämtliche Flüsse in der Tschechoslowakei über die Ufer getreten. Die Eisenbahnverbindung zwischen Prag und Neichenberg ist an zwei Stellen unterbrochen. Auch mehrere

andere Eisenbahnstrecken wurden unter Wasser gesetzt oder durch Einsturz von Brücken und Dämmen außer Betrieb gesetzt.

Handel und Volkswirtschaft

Die Deutsche Luftfluggesellschaft hielt am Dienstag hier ihre konstituierende Generalversammlung ab. Außer den Interessenten der an den Stammesgesellschaften Deutsche Aero-Lloyd A.G. und Junkers Luftverkehrs A.G. beteiligten Aktionäre sind diejenigen des Reichs, der Länder und sämtlicher deutscher regionaler Luftverkehrsgesellschaften in dem neuen Unternehmen zusammengeschlossen. Das Gesamtkapital der Deutschen Luftfluggesellschaft stellt sich auf 25 Millionen RM. An der Spitze des Aufsichtsrats steht ein neuntöpfiges Präsidium, dessen Vorsitz dem Direktor der Deutschen Luftfluggesellschaft, Dr. E. v. Stauff, bisheriger Vorsitzender der Deutschen Aero-Lloyd A.G., übertragen wurde. Stellvertretender Vorsitzender ist der bisherige Vorsitzende der Junkers-Luftverkehrs-A.G., Generaldirektor H. v. Döhl. Als Mitglieder des Vorstandes wurden die Herren Merkel, Bronisch und Milch bestätigt. Ende August wird die International Aero Traffic Association (IATA), die regelmäßig abwechselnd in den europäischen Hauptstädten ihre Sitzungen abhält, zum erstenmal in Berlin zusammentreten.

Stuttgarter Börse, 16. Juni. Das Geschäft an der heutigen Börse war erschwert durch das schlechte Funktionieren der Telefonverbindungen. Man eröffnete daher sehr unsicher zu meistens rein nominellen Kursen. Später pochten sich die Kurse den spärlich eingelaufenen auswärtigen festern Kursmeldungen an und man blieb zum Schluß bei mäßigem Geschäft recht fest. Der Rentenmarkt lag auch heute vernachlässigt. Vorkriegs-Pfandbriefe gaben ein wenig nach, während Goldpfandbriefe gut behauptet waren. Staatsanleihen waren ohne Bewegung und kaum verändert. Wirkl. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Markte

Mm, 15. Juni. Schlachtwiehm. Zuztrieb: 2 Ochsen, 6 Färren, 8 Kühe, 7 Rinder, 126 Kälber und 139 Schweine. Preise: Ochsen 1. 46-50, Färren 1. 44-46, 2. 38-42, Kühe 2. 28 bis 32, 3. 18-26, Rinder 1. 48-52, 2. 42-46, Kälber 1. 58 bis 62, 2. 52-58, Schweine 1. 66-70, 2. 62-64 Mark. Marktverlauf: langsam.

Malen, 15. Juni. Viehmarkt. Zufuhr 341, verkauft 193 Stück. Erlöse: Ochsen 1040-1450 Mark das Paar, Stiere 250 bis 400, Färren 190-440, Kühe 300-460, Ferkel und Jungvieh 156 bis 510, Kälber 65-105 Mark das Stück. Der Handel war flau, jedoch war der Markt gut besucht.

Pforzheim, 15. Juni. Schlachtwiehm. Zuztrieb: 10 Ochsen, 13 Kühe, 42 Rinder, 5 Färren, 2 Kälber, 19 Schafe, 166 Schweine. Preise: Ochsen 1. 50-53, Rinder 1. 53-56, Ochsen und Rinder 2. 45-47, Kühe 25-35, Färren 46-51, Schweine 78 bis 82 Mark.

Schweinepreise. Malen: Milchschweine 40-52, Läufer 75 bis 100. - Boplingen: Läufer 60-90, Milchschweine 50-75. - Lauingen (banr.): Milchschweine 35-47, Läufer 65-80. - Riedlingen: Milchschweine 42-50, Mutterchweine 198 bis 260. - Schwanningen: Milchschweine 33. - Tutlingen: Milchschweine 28-35 Mark das Stück.

Fruchtpreise. Malen: Weizen 14-15, Roggen 11 bis 11,50, Futtergerste 6,40, Gerste 11,10-11,80, Haber 10,50 bis 11,60. - Ellwangen: Weizen 14,50, Roggen 11,50, Gerste 11,20, Haber 12, Kernen 14,70. - Lauingen: Weizen 15-15,20, Kernen 15, Gerste 9,80, Haber 9-10. - Leutkirch: Roggen 10, Gerste 11 bis 10,50, Haber 10-10,50. - Riedlingen: Weizen 15,10 bis 15,50, Roggen 10,10-10,30, Gerste 9,70-10, Haber 11,50 bis 12,50, Lein 12-20. - Riedlingen: Weizen 14,20, Gerste 12,5-9,30, Haber 10,25-10,50, Mais 10,50. - Urach: Dinkel 10,70-11, Gerste 11-11,50, Haber 10,50-11,20, Weizen 14 bis 14,50, Roggen 10,50 Mark je der Zentner.

In dankbarer Freude zeigen die Geburt ihres zweiten Stammhalters an Schultheiss Widmann und Frau Gültlingen, den 16. Juni 1926.



Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Ev. Volksbund Nagold.

Die auf morgen abend angekündigte Mitgliederversammlung muß um weitere 8 Tage verschoben werden, da Herr Sekretär Springer infolge der Landeskirchenverammlung verhindert ist. 2068 Kiefner.

Balkonpflanzen u. Sommerflor

bes. Löwenmäulchen, ewige Liebe (für Gräber)

Schöne Tomaten und 1877 Irische Gurken Kohlräbe und Gelberüben

empfiehlt Gärtnerei Schuster Nagold, Tel. 198

Anzeigen

für die Samstag-Nummer wollen sofort angegeben werden

Wer

eine gute Zeitschrift wünscht, der wähle unter den nachstehenden aus:

- Südd. Monatshefte Bethagen & Rasings Monatshefte Kunst- und Kulturwart Leipziger Illust. Ztg. Reclams Universum Die Woche Die Kunst Berliner Illust. Zeitung Der Sportbericht Fliegende Blätter Daheim Neue Musikzeitung Kosmos Bild und Hund Fürs Haus Elegante Mode Deutsche Modenzeitung Bobachs Frauen-, Kinder-Wäsche und Modenzeitungen etc. etc.

Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung Zaiser Nagold, die rasch u. pünktl. liefert.

Danksagung. Nagold, 17. Juni 1926. Für die mittragende Liebe und alle Beweise der Teilnahme während der Leidenszeit und beim Heimgang meines teuren Gatten, unseres geliebten Vaters Karl Burkhardt für die Worte des Trostes von Herrn Dekan Otto, für den erh. Gesang des Ver. Lieder- und Sängerkranzes, die Nachrufe des Herrn Obermeisters der Metzgerinnung und des Militär- und Veteranen-Vereins, wie auch für die überaus zahlreiche letzte Begleitung und die vielen Blumenspenden sprechen innigen Dank aus im Namen der Familie die tieftrauernde Gattin: Marie Burkhardt geb. Volz die Kinder: Elisabeth, Maria und Karl.

12846 Versammlungen

hat die Linke beim „Volksbegehren“ abgehalten und 24 Millionen Flugblätter, voll falscher Zahlen und Behauptungen, verteilt und 3,2 Millionen Mark hierfür ausgegeben Wieviel Notleidenden hätte mit diesem Aufwand geholfen werden können?

Wer nachdenken kann, bleibt am 20. Juni zu Hause!

1 Morgen Wiesen-gras verpachtet Wer? sagt die Gesch.-Stelle d. Bl. 2068 Obacht Hausfrauen! Alte Möbel werden wie 1778 neu durch Möbelputz „Wunderschön“ Friedr. Schmid, Colon.

Diereke's Schul-Atlas für höhere Lehr-Anstalten bei G. W. Zaiser, Nagold

GUTE REKLAME. Packende Werbe-Drucksachen sind für jed. Geschäftsmann unentbehrlich. Wenden Sie sich bei eintretendem Bedarf an uns Buchdruckerei Zaiser.

VIM putzt und poliert alles. Etwas VIM auf feuchtem Lappen putzt Dir Küche und Haus.

Eismaschinenbetrieb ist ab heute eröffnet und kann Eis jederzeit geliefert werden. Walz z. „Anker“ - Nagold Käse billiger! Deutsch-Holländer per 9 Pfd. M 4.20 Holst. Tafelkäse (Edamer Art) 9 " " 4.40 Holst. Tilsiter (Delikatetkäse) 9 " " 5.20 Deutsch Edamer (prima Dual.) 9 " " 5.20 Alles frei Haus gegen Nachnahme. 1554 Otto Danke, Käsegroßhdl., Hamburg 21, a 80.

Jüngerer Fräulein im Alter von 14-16 Jahren für Laden und Büro per sofort gesucht. Vorkenntnisse in Maschinenschreiben u. Stenographie erwünscht. Angebote unter Nr. 2055 an die Geschäftsstelle des „Gesellschafter“.

Niederlage des 2294 Obernauer Löwensprudels Natürliche Kohlen-säure-Mineralquelle Tafelwasser - Verzehrt seitens bestens empfohlen. Franz Kurlenbauer Gasthof z. „Löwen“ Nagold. Telefon 91.

Nagold. 14 Nr Alder mit schönem ewigem Klee zu verkaufen oder zu verpachten. 2071 Näheres durch Gottlieb Schuon Marktstr. Nagold. 2069 Schönen Kopfsalat, Rettiche Gelberüben und Gurken empfiehlt Jonathan Raaf, Gärtner

Mit den „Feiertagen“... Nr. 139... Bessar... Seit Jahrzehnten... Rumänien... die Lösung...